

ANTRAG

an die 190. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol

Soziale Absicherung und berufliche Zukunftsperspektiven für engagierte Betriebsrät:innen sichern

Die Mitbestimmung im Betrieb ist ein zentrales Element der demokratischen Arbeitswelt. Trotzdem erleben wir immer wieder, dass Beschäftigte, die sich bereit erklären, einen Betriebsrat zu gründen oder in einem bestehenden Gremium Verantwortung zu übernehmen, mit negativen Konsequenzen rechnen müssen. Von subtilen Anfeindungen über gezielte Ausgrenzung bis hin zu Kündigungen oder strukturellem Druck durch die Unternehmensführung reicht die Bandbreite.

Gerade bei Neugründungen von Betriebsratskörperschaften fehlt es oft an Schutzmaßnahmen. In vielen Fällen enden Verfahren nach Anfechtung einer Kündigung mit einem Vergleich – verbunden mit dem Verlust des Arbeitsplatzes. Ein geplanter Wiedereinstieg oder eine berufliche Perspektive bleibt Betroffenen häufig verwehrt. Die Folge: Enttäuschung, Verunsicherung in der Belegschaft und eine Schwächung der betrieblichen Mitbestimmung.

Auch bei Umstrukturierungen, Fusionen oder gezielten Gegenlisten können engagierte Kolleg:innen ihr Mandat verlieren – oft ohne soziale Absicherung oder berufliche Alternativen.

Die 190. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter:innen und Angestellte in Tirol fordert daher vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz und von der Tiroler Landesregierung, der zuständigen Landesrätin für Sicherheit, ArbeitnehmerInnen, Generationen und Zivil- und Katastrophenschutz:

- 1. Gemeinsam mit geeigneten Partner:innen (z. B. Arbeitsstiftungen, AMS, Sozialpartner, Ländern) ein Modell zu entwickeln, das Betriebsrät:innen, die durch ihr Engagement beruflich ins Abseits geraten, eine konkrete**

Perspektive bietet – z. B. durch Stiftungsplätze, Weiterbildungsangebote, Jobvermittlung oder Übergangslösungen.

2. Mittel bereitzustellen, um diese Maßnahme zielgerichtet und unbürokratisch umsetzen zu können.
3. Sich auf bundesweiter Ebene für gesetzliche Verbesserungen des Kündigungsschutzes sowie für eine verstärkte Unterstützung der Mitbestimmung im Betrieb einzusetzen.